

Regierungspräsidium Darmstadt
Luisenplatz 2
64283 Darmstadt

**Planfeststellungsverfahren zur Südosterweiterung des Quarzsand- und -kiestagebaus
Langener Waldsee
Einwendung gegen das Vorhaben der Fa. Sehring**

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident Baron, sehr geehrte Damen und Herren,

der Kreisverband Frankfurt der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) wendet sich gegen die Zulassung des o.g. Vorhabens, da es den Interessen der Bürgerinnen und Bürger der Region und insbesondere auch unseren Interessen als Frankfurter Bevölkerung zuwider läuft. Wir alle benötigen den vom Vorhaben betroffenen Wald für die Luft- und Trinkwasserqualität sowie zur Erholung!

Die Durchführung des Vorhabens in der vorgelegten Form wäre rechtswidrig, da die Aufhebung der Bannwalderklärung bzw. die Rodung des Waldes nur erfolgen kann, wenn das öffentliche Interesse dies erfordert!

Wir verkennen nicht, dass auch ein öffentliches Interesse an der Bereitstellung von Sand und Kies für Bauvorhaben in Frankfurt besteht. Das beantragte Vorhaben lässt dabei aber nicht die heutzutage in einer dichtbesiedelten Region wie der unseren gebotene Nachhaltigkeit des Wirtschaftens erkennen.

Mit dem öffentlichen Interesse vereinbar und damit zulassungsfähig wäre nur eine Erweiterung um vielleicht 20 ha., die der Firma Zeit gibt, sozialverträglich den Standort in Langen herunterzufahren und parallel dazu neue Quellen für die Baumaterialgewinnung mit umweltschonenderen Vorhaben zu erschließen - z.B. durch Kiesgewinnung außerhalb dichtbesiedelter Regionen mit umweltschonendem Transport per Binnenschiff zur Umschlagstation am Mainufer in Frankfurt.

Der Wald zwischen Frankfurt und Langen hat in jüngster Vergangenheit - insbesondere durch diverse Vorhaben am Flughafen - so gelitten, dass ein weiterer Eingriff in der beantragten Größenordnung nicht mehr zugelassen werden kann.

Dies wäre nur dann möglich, wenn vorher in gleicher Größenordnung in allernächster Nähe entsprechende Flächen wieder aufgeforstet würden. Solche Ausgleichsflächen gibt es jedoch nicht. Es sei denn vielleicht, man würde die Startbahn West zurückbauen und rekultivieren. Weit entfernt liegende Aufforstungsflächen bringen für die Naherholung der Frankfurter Bevölkerung jedenfalls nichts. Da hilft auch die Aussicht auf einen Natur- und Landschaftspark für unsere Enkel wenig.

Nicht zuletzt fragen wir uns, woher das Material stammt, mit dem die Grube verfüllt werden soll. Welche Naturzerstörung ist an anderer Stelle erforderlich, um die knapp 10 Mio. Tonnen Bodenmaterial zu gewinnen?

Die Naturzerstörungen durch den geplanten Kiesabbau sind zu groß und der Nutzen zu gering, als dass hier von einem öffentlichen Interesse die Rede sein könnte. Dass das gemäß Forstgesetz für eine Bannwaldaufhebung erforderliche öffentliche Interesse an dem Vorhaben eben gerade nicht besteht, zeigt auch beispielsweise die im letzten Jahr innerhalb kürzester Zeit in Langen gegen das Vorhaben gesammelte große Zahl von Unterschriften!

Mit freundlichen Grüßen